

## **Antrag**

**des Abg. Oliver Hildenbrand u. a. GRÜNE**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung  
und Kommunen**

### **Rechtsextremistisch genutzte Immobilien in Baden-Württemberg**

#### **Antrag**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie sie die rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg entsprechend der Vereinbarung des Verfassungsschutzverbunds aus dem Jahr 2017 erfasst;
2. wie viele rechtsextremistisch genutzte Immobilien in Baden-Württemberg sie zum Stichtag 31. Dezember 2020 erfasst hat (bitte aufgeschlüsselt nach Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Art des Zugriffs, Eigentümerin oder Eigentümer/Besitzerin oder Besitzer, Nutzerin oder Nutzer, beteiligte Organisationen, Art der Nutzung, Häufigkeit der Nutzung, Nutzungsbeginn, Art und Größe des Objekts);
3. wie sich die Anzahl der erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg nach ihrer Kenntnis in den letzten vier Jahren entwickelt hat (zum Stichtag 31. Dezember in den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020, bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk);
4. welche Veranstaltungen nach ihrer Kenntnis in den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 stattgefunden haben (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, Titel der Veranstaltung, Art der Veranstaltung, Anlass der Veranstaltung, Veranstalterin oder Veranstalter, Anmelderin oder Anmelder, beteiligte Organisationen, Anzahl der Besucherinnen und Besucher, Namen und Art der auftretenden Gruppen/Bands/Personen);

5. welche Bedeutung sie den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien für die rechtsextremistische Szene in Baden-Württemberg zuschreibt;
6. welche Erkenntnisse ihr über aktuelle Bestrebungen von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten für den Ankauf oder die Anmietung von Immobilien in Baden-Württemberg vorliegen;
7. welche Straftaten und/oder Ordnungswidrigkeiten in oder im Zusammenhang mit den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 nach ihren Kenntnissen festgestellt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, Art der Ordnungswidrigkeit/Straftat, Verfahrensstand);
8. wie viele Festnahmen in den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 nach ihren Kenntnissen durchgeführt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, Ursache der Festnahme, möglichem Haftbefehlsvollzug, Verfahrensstand);
9. wie viele Hausdurchsuchungen in den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 nach ihren Kenntnissen durchgeführt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, Ursache der Hausdurchsuchung, Ergebnis der Hausdurchsuchung, Verfahrensstand);
10. wie viele Beschlagnahmen von Schusswaffen, Sprengstoff oder Sprengvorrichtungen in den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 nach ihren Kenntnissen durchgeführt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, beschlagnahmte Gegenstände, Strafvorwurf, Verfahrensstand);
11. wie viele rechtsextremistisch genutzte Immobilien in Baden-Württemberg in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 nach ihren Kenntnissen beschlagnahmt, geräumt oder eingezogen wurden bzw. von einer Verfallsanordnung betroffen waren (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, Art der Maßnahme, Ursache der Maßnahme, Verfahrensstand);
12. welche Maßnahmen sie ergreift, um rechtsextremistisch genutzte Immobilien in Baden-Württemberg zu verhindern;
13. wie viele Beratungen von Kommunen anlässlich (möglicher) rechtsextremistisch genutzter Immobilien nach ihren Kenntnissen in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 stattgefunden haben (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Kommune und Regierungsbezirk);
14. welche Erkenntnisse ihr zu dem „Zentrum in Süddeutschland“ der „Identitären Bewegung“ (IB) vorliegen (vgl. Drucksache 16/4879);
15. welche Erkenntnisse ihr zu der Immobilie in Kirchheim am Neckar vorliegen, die der Neonazi M. F. auf einer Onlineplattform zum Verkauf inseriert hat.

27.9.2021

Hildenbrand, Cataltepe, Häffner, Lede Abal,  
Andrea Schwarz, Sckerl, Seimer, Sperling GRÜNE

### Begründung

Nach Angaben der Bundesregierung besitzen rechtsextremistisch genutzte Immobilien „eine wesentliche strategische Bedeutung für die rechtsextremistische Szene“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/10043). Seit 2017 erfolgt eine bundesweite Erfassung der rechtsextremistisch genutzten Immobilien: „Im Phänomenbereich Rechtsextremismus wurde im Verfassungsschutzverbund im Jahr 2017 festgelegt, auf Grundlage einer einheitlichen Definition im Verfassungsschutzverbund eine Liste der rechtsextremistisch genutzten Immobilien zu führen und einmal jährlich abzustimmen“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/24107).

Für das Land Baden-Württemberg liegen einige Zwischenstände über die Anzahl der erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in den letzten Jahren vor (vgl. u. a. Drucksache 16/6463). Eine Übersicht über die jährliche Entwicklung seit dem Jahr 2017 ist den Antragstellerinnen und Antragsstellern allerdings nicht bekannt. Dieser Antrag soll zu einem besseren Wissensstand über die Erfassung rechtsextremistisch genutzter Immobilien durch die Landesregierung sowie über die Maßnahmen der Landesregierung gegen rechtsextremistisch genutzte Immobilien beitragen.

Ähnliche Fragen nach den polizeilichen Maßnahmen in oder im Zusammenhang mit rechtsextremistisch genutzten Immobilien wurden von der Bundesregierung unter Verweis auf die Zuständigkeit der Länder nicht beantwortet (vgl. Bundestagsdrucksache 19/29012). Daher stellen wir diese Fragen nun auf Landesebene für das Bundesland Baden-Württemberg.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2021 Nr. IM4-0141.5-231 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

*1. wie sie die rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg  
entsprechend der Vereinbarung des Verfassungsschutzverbunds aus dem Jahr  
2017 erfasst;*

Zu 1.:

Die Kriterien zur Erfassung rechtsextremistischer Immobilien sind im Verfassungsschutzverbund zwischen Bund und Ländern abgestimmt, die bundesweite Erhebung der Datenbasis erfolgt unter Zugrundelegung einheitlicher Kriterien. So finden Immobilien nur dann Berücksichtigung, wenn Rechtsextremisten über eine uneingeschränkte grundsätzliche Zugriffsmöglichkeit verfügen, etwa in Form von Eigentum, Miete, Pacht (d. h. Eigentums- oder Besitzverhältnis) oder durch ein Kenn- und Vertrauensverhältnis zum Objektverantwortlichen. Weitere Erfassungskriterien sind die politisch ziel- und zweckgerichtete sowie die wiederkehrende Nutzung durch Rechtsextremisten.

2. wie viele rechtsextremistisch genutzte Immobilien in Baden-Württemberg sie zum Stichtag 31. Dezember 2020 erfasst hat (bitte aufgeschlüsselt nach Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Art des Zugriffs, Eigentümerin oder Eigentümer/Besitzerin oder Besitzer, Nutzerin oder Nutzer, beteiligte Organisationen, Art der Nutzung, Häufigkeit der Nutzung, Nutzungsbeginn, Art und Größe des Objekts);

Zu 2.:

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) wertet regelmäßig die Nutzung von Immobilien für Veranstaltungen und Zusammenkünfte rechtsextremistischer Vereine, Gruppierungen oder Parteien aus. Im Einklang mit den einschlägigen gesetzlichen Übermittlungsvorschriften informiert und sensibilisiert das LfV städtische und kommunale Verwaltungen.

Zum Zeitpunkt der Beantwortung der Großen Anfrage 16/6463 rechnete das LfV der rechtsextremistischen Szene in Baden-Württemberg 14 Objekte im Sinne der Anfrage zu (vgl. auch Landtagsdrucksache 17/836). Aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie entfielen in den Jahren 2020 und 2021 Veranstaltungen in geschlossenen Räumen weitestgehend. Daher kann die Zahl von 14 Objekten zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Drucksache nicht mehr bestätigt werden. Es bleibt abzuwarten, welche Immobilien tatsächlich weiterhin regelmäßig genutzt werden, sobald Treffen bzw. Veranstaltungen wieder ohne Einschränkungen stattfinden können. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 rechnete das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) der rechtsextremistischen Szene in Baden-Württemberg 11 Objekte im Sinne der Anfrage zu.

Zu folgenden Immobilien liegen offen verwertbare Informationen vor:

Ort	Objekt	Art des Zugriffs	Eigentümer/ Besitzer	Nutzer
74592 Kirchberg an der Jagst/ Herboldshausen	Veranstaltungsraum	Eigentum	Bund für Gott- erkenntnis e. V.	Bund für Gott- erkenntnis e. V.
75249 Kieselbronn	Garten- grund- stück	Pacht	Einzelperson	Subkulturelle rechtsextremisti- sche Szene

Eine Offenlegung des weiteren Erkenntnisstandes des LfV ist aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Aus dem Bekanntwerden des Informationsstands des LfV könnten Rückschlüsse auf die Arbeitsweise, die Arbeitsfähigkeit und die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des LfV gezogen werden. Hierdurch würde die Funktionsfähigkeit des LfV beeinträchtigt, was wiederum für die Interessen des Landes Baden-Württemberg nachteilig sein kann (vgl. § 4 Absatz 2 Nummer 4 des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes). Zudem bestünde hinsichtlich eines Teils des Erkenntnisstandes die Möglichkeit, gegebenenfalls in der Szene eingesetzte Vertrauenspersonen zu identifizieren. Die Aufdeckung ihrer Identität könnte dazu führen, dass ihr Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit gefährdet wäre.

Aus der Abwägung der verfassungsrechtlich garantierten Informationsrechte der Abgeordneten mit den negativen Folgen für die künftige Arbeit und Aufgabenerfüllung des LfV sowie den daraus resultierenden Beeinträchtigungen der Sicherheit des Landes Baden-Württemberg folgt, dass ein Teil des Erkenntnisstandes zu den weiteren Immobilien nur in einem gesonderten „VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft Antwortteil dargestellt werden kann, auf den hiermit verwiesen wird.

Im Falle des Einsatzes von Vertrauenspersonen stehen Rechte Dritter der Erfüllung des Informationsanspruchs entgegen. Diese Personen wären bei einer Mitteilung in ihren Grundrechten auf Leben, körperliche Unversehrtheit oder Freiheit der Person gefährdet. Die Landesregierung trifft eine Schutzpflicht gegenüber

ihren nachrichtendienstlichen Quellen und sie hat insoweit jegliche Handlungen zu unterlassen, die zu einer Enttarnung der Quelle führen können. Darüber hinaus ist das Vertrauen in die Fähigkeit eines Nachrichtendienstes, die Identität seiner Quellen zu schützen, für seine Funktionsfähigkeit essentiell (vgl. BVerfG, Beschluss vom 16. Dezember 2020 – 2 BvE 4/18 –, Rn. 103 ff. [im Hinblick auf die Begrenzung des parlamentarischen Enqueterrechts]). Die Mitteilung von Erkenntnissen im gewählten Verfahren, die Rückschlüsse auf nachrichtendienstliche Zugänge zulassen, würde sich nachhaltig negativ auf die Fähigkeit des LfV auswirken, solche Zugänge zu gewinnen bzw. solche Kontakte fortzuführen. Die Landesregierung hat in die Abwägung einbezogen, ob andere Formen der Informationsübermittlung möglich sind, die das Informationsinteresse des Landtags unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Landesregierung befriedigen. Dieser Teil des Erkenntnisstandes des LfV berührt jedoch derart die dargestellten schutzbedürftigen Belange, dass auch ein geringfügiges Risiko des Bekanntwerdens im Falle einer eingestuften Beantwortung der Fragen nicht hingenommen werden kann. Gleiches gilt hinsichtlich der Abwägung der verfassungsrechtlich garantierten Informationsrechte der Abgeordneten mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht in Form des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und der daraus resultierenden Bekanntgabe der entsprechenden Informationen.

Im Übrigen wäre eine weitere Aufschlüsselung im Sinne des Antrags nur im Wege einer Aktendurchsicht möglich. Dies wäre in der Kürze der Zeit nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand durchführbar.

*3. wie sich die Anzahl der erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg nach ihrer Kenntnis in den letzten vier Jahren entwickelt hat (zum Stichtag 31. Dezember in den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020, bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirk);*

Zu 3.:

In den vergangenen vier Jahren wurden in Baden-Württemberg, jeweils zum Stichtag 31. Dezember, wie folgt Objekte der rechtsextremistischen Szene zugeordnet:

2017: 6

2018: 13

2019: 11

2020: 11

Eine Offenlegung des weiteren Erkenntnisstandes des LfV ist aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Es wird diesbezüglich auf die Abwägung unter Ziffer 2 verwiesen.

Da auch Objekte berücksichtigt werden, die durch ein Kenn- und Vertrauensverhältnis zum Objektverantwortlichen genutzt werden (beispielsweise Gaststätten) und die wiederkehrende Nutzung des Objektes eine Voraussetzung für eine Erfassung ist, variieren die Zahlen etwa aufgrund von Schließungen entsprechender Einrichtungen oder des Ausbleibens einer weiteren Nutzung durch die rechtsextremistische Szene. Die zahlenmäßige Steigerung im Jahr 2018 gegenüber dem Jahr 2017 bedeutet folglich nicht, dass in jedem dieser Fälle neue Immobilien durch Rechtsextremisten erworben wurden. Insgesamt geht das LfV in Baden-Württemberg von einem in etwa gleichbleibenden Niveau der Nutzung von Immobilien durch Rechtsextremisten aus.

4. welche Veranstaltungen nach ihrer Kenntnis in den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 stattgefunden haben (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, Titel der Veranstaltung, Art der Veranstaltung, Anlass der Veranstaltung, Veranstalterin oder Veranstalter, Anmelderin oder Anmelder, beteiligte Organisationen, Anzahl der Besucherinnen und Besucher, Namen und Art der auftretenden Gruppen/Bands/Personen);

Zu 4.:

Die Auflistung ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Datum	Ort	Titel/Art/ Anlass der Veranstaltung	Veranstalter/ Anmelder/ beteiligte Organisationen	Anzahl Besucher	Namen und Art der Grup- pen/Bands/ Personen
24.6.2017	74592 Kirchberg an der Jagst/Herbolds- hausen	Sonnenwend- feuer	Bund für Gott- erkenntnis Luden- dorff e.V. (BfG)	unbekannt	unbekannt
23.6.2018	74592 Kirchberg an der Jagst/Herbolds- hausen	Sonnenwend- feuer	BfG	unbekannt	unbekannt
8.12.2018	74592 Kirchberg an der Jagst/Herbolds- hausen	Sonnenwend- feuer	BfG	unbekannt	unbekannt
29.6.2019	74592 Kirchberg an der Jagst/Herbolds- hausen	Sonnenwend- feuer	BfG	unbekannt	unbekannt
7.12.2019	74592 Kirchberg an der Jagst/Herbolds- hausen	Sonnenwend- feuer	BfG	unbekannt	unbekannt
August 2020	74592 Kirchberg an der Jagst/Herbolds- hausen	Gemein- schaftstag der Jungen Natio- nalisten	unbekannt	unbekannt	unbekannt

Im Hinblick auf die Art des Objekts wird auf die Stellungnahme zu Ziffer 2 verwiesen, ebenso im Hinblick auf weitere Informationen im Sinne der Fragestellung. Eine Abwägung zwischen den verfassungsrechtlich garantierten Informationsrechten der Abgeordneten mit den negativen Folgen bei Bekanntwerden der Erkenntnisse für die Arbeit und Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden sowie den daraus resultierenden Beeinträchtigungen der Sicherheit des Landes Baden-Württemberg führt auch in diesem Fall dazu, dass der weitere Erkenntnisstand nur in einem gesonderten „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuftem Antwortteil dargestellt werden kann, auf den hiermit verwiesen wird.

Einer Offenlegung von Personendaten steht darüber hinaus das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 GG) entgegen. Die Landesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Weitergabe dieser Informationen nicht erfolgen kann. Nach Auffassung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI), der sich das Innenministerium anschließt, unterliegt die Beantwortung parlamentarischer Anfragen, soweit es um die Verarbeitung personenbezogener Daten geht, den datenschutzrechtlichen Beschränkungen der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), vgl. auch die Stellungnahme des Innenministeriums zum Antrag des Abgeordneten Daniel Rottmann u. a. AfD, „Nachfrage zur Beschäftigung eines linksextremen Erziehers in einem evangelischen

Kindergarten, Drucksache 16/8628“, Landtagsdrucksache 16/9136 sowie die Antwort des Innenministeriums zur Kleinen Anfrage des Abgeordneten Jürgen Filius GRÜNE „Rechtsextremistische Strukturen und Aktivitäten in Landkreis und Stadt Ulm“, Landtagsdrucksache 16/9915. Bei der Entscheidung, ob eine Auskunftspflicht der Landesregierung besteht, sind daher das parlamentarische Frage- und Auskunftsrecht einerseits und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 GG) des vom Auskunftsinhalt Betroffenen andererseits in Ausgleich zu bringen. Vorliegend ist dabei insbesondere zu berücksichtigen, dass nach Artikel 9 Absatz 1 DS-GVO dem Schutz von Daten, aus welchen politische Meinungen oder religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen einer natürlichen Person hervorgehen, ein besonderes Gewicht zukommt. Auf der anderen Seite ist das Informationsziel des Abgeordneten zu berücksichtigen. Ausweislich der Begründung geht es den Antragstellern im Kern um einem besseren Wissenstand über die Erfassung rechtsextremistisch genutzter Immobilien durch die Landesregierung sowie über die Maßnahmen der Landesregierung gegen rechtsextremistisch genutzte Immobilien. Dabei steht laut Begründung des Antrags eine Übersicht über die jährliche Entwicklung rechtsextremistisch genutzter Immobilien seit 2017 im Vordergrund. Unter Berücksichtigung des oben dargestellten, insbesondere vom LfDI vertretenen Maßstabs ist zur Erfüllung dieses Informationsziels eine Weitergabe der hier in Rede stehenden besonders sensiblen personenbezogenen Daten nicht angemessen.

*5. welche Bedeutung sie den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien für die rechtsextremistische Szene in Baden-Württemberg zuschreibt;*

Zu 5.:

Die Verfügbarkeit über eine eigene Immobilie für sceneinterne Veranstaltungen wie interne Treffen, Konzerte, Partys, Schulungen oder sogenannte Zeitzeugenvorträge ist für die rechtsextremistische Szene von großer Relevanz. Sie garantiert die verlässliche Durchführung entsprechender Veranstaltungen und kann im besten Falle – sofern Eintrittsgelder zu entrichten sind – eine dauerhafte finanzielle Einnahmequelle darstellen.

In Baden-Württemberg verfügen Rechtsextremisten im Bundesvergleich über wenige Immobilien. Dies liegt in den vergleichsweise hohen Immobilienpreisen, der im Verhältnis geringen Zahl an Rechtsextremisten und der aus Bundessicht geografisch randständigen Lage Baden-Württembergs begründet. Kriterien für die Relevanz einer Immobilie für die rechtsextremistische Szene sind u. a. die uneingeschränkte Nutzbarkeit sowie ihre Größe und damit das Platzangebot.

Nachdem im Bundesgebiet in jüngster Zeit Brandanschläge auf verschiedene von Rechtsextremisten genutzte Immobilien verübt wurden und von rechtsextremistischer Seite unterstellt wird, dass diese Anschläge durch Linksextremisten begangen wurden, besteht in diesem Zusammenhang die Gefahr einer Verschärfung von Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten. In diesem Zusammenhang wird auf einen aktuellen Internetbeitrag des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg verwiesen („Rechtsextremisten reagieren auf Häufung mutmaßlich linksextremistischer Anschläge“; Verfassungsschutz BW – Rechtsextremisten reagieren auf Häufung mutmaßlich linksextremistischer Anschläge [[www.verfassungsschutz-bw.de](http://www.verfassungsschutz-bw.de)]).

*6. welche Erkenntnisse ihr über aktuelle Bestrebungen von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten für den Ankauf oder die Anmietung von Immobilien in Baden-Württemberg vorliegen;*

Zu 6.:

Hierzu liegen der Landesregierung derzeit keine Erkenntnisse vor.



7. *welche Straftaten und/oder Ordnungswidrigkeiten in oder im Zusammenhang mit den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 nach ihren Kenntnissen festgestellt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, Art der Ordnungswidrigkeit/Straftat, Verfahrensstand);*

Zu 7.:

Die statistische Erfassung Politisch motivierter Kriminalität (PMK) erfolgt auf der Grundlage des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK). Mit Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 10. Mai 2001 sind rückwirkend zum 1. Januar 2001 mit dem „Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität“ und den „Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK)“ die bundesweit einheitlich geltenden Kriterien zur Definition und Erfassung politisch motivierter Straftaten in Kraft gesetzt worden.

Da eine Auswertung nach Objekten im Rahmen des KPMD-PMK nicht möglich ist, kann eine Auskunft im Sinne der Fragestellung nicht erfolgen.

8. *wie viele Festnahmen in den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 nach ihren Kenntnissen durchgeführt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, Ursache der Festnahme, möglichem Haftbefehlsvollzug, Verfahrensstand);*

Zu 8.:

Seitens des Landeskriminalamts Baden-Württemberg (LKA BW) sowie der beteiligten regionalen Polizeipräsidien erfolgten keine Festnahmen im Sinne der Fragestellung.

9. *wie viele Hausdurchsuchungen in den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 nach ihren Kenntnissen durchgeführt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, Ursache der Hausdurchsuchung, Ergebnis der Hausdurchsuchung, Verfahrensstand);*

Zu 9.:

Seitens des LKA BW sowie der beteiligten regionalen Polizeipräsidien erfolgten keine Hausdurchsuchungen im Sinne der Fragestellung.

10. *wie viele Beschlagnahmen von Schusswaffen, Sprengstoff oder Sprengvorrichtungen in den erfassten rechtsextremistisch genutzten Immobilien in Baden-Württemberg in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 nach ihren Kenntnissen durchgeführt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, beschlagnahmte Gegenstände, Strafvorwurf, Verfahrensstand);*

Zu 10.:

Seitens des LKA BW sowie der beteiligten regionalen Polizeipräsidien erfolgten keine Beschlagnahmen im Sinne der Fragestellung.



11. *wie viele rechtsextremistisch genutzte Immobilien in Baden-Württemberg in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 nach ihren Kenntnissen beschlagnahmt, geräumt oder eingezogen wurden bzw. von einer Verfallsanordnung betroffen waren (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Objekt, Ort, Regierungsbezirk, Datum, Art der Maßnahme, Ursache der Maßnahme, Verfahrensstand);*

Zu 11.:

Eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung erfolgt durch die Justiz des Landes Baden-Württemberg nicht. Eine Auskunft ist daher nicht möglich.

12. *welche Maßnahmen sie ergreift, um rechtsextremistisch genutzte Immobilien in Baden-Württemberg zu verhindern;*

Zu 12.:

Aufgrund der hohen Relevanz solcher Immobilien für die rechtsextremistische Szene stehen Käufe, Anmietungen und Nutzung im Fokus des LfV. Das LfV wertet die Nutzung von solchen Immobilien für Veranstaltungen und Zusammenkünfte rechtsextremistischer Vereine, Gruppierungen oder Parteien regelmäßig aus. Im Einklang mit den einschlägigen gesetzlichen Übermittlungsvorschriften informiert und sensibilisiert das LfV städtische und kommunale Verwaltungen diesbezüglich und steht dazu im regelmäßigen Austausch mit der Landespolizei.

Die polizeiliche Aufgabenzuschreibung erstreckt sich primär auf die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Strafverfolgung. Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen liegen der Polizei daher nur insofern vor, soweit diese das polizeiliche Aufgabenfeld betreffen oder für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung benötigt werden. Dementsprechend sind Ermittlungen zu Bestrebungen zum Erwerb bzw. zur (dauerhaften) Nutzung von Immobilien, soweit keine Gefahr oder Straftat vorliegt, kein Teil der polizeilichen Aufgabenzuschreibung. Sofern der Polizei entsprechende Hinweise bekannt werden, erfolgt ein anlassbezogener Informationsaustausch mit dem LfV sowie den betroffenen örtlichen Behörden – auch bzgl. eines Beratungsgesprächs mit dem Vermieter bzw. Eigentümer der jeweiligen Immobilie.

13. *wie viele Beratungen von Kommunen anlässlich (möglicher) rechtsextremistisch genutzter Immobilien nach ihren Kenntnissen in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 stattgefunden haben (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Kommune und Regierungsbezirk);*

Zu 13.:

Eine statistische Erfassung der Beratungen von Kommunen erfolgt nicht. Eine Auskunft ist daher nicht möglich.

14. *welche Erkenntnisse ihr zu dem „Zentrum in Süddeutschland“ der „Identitären Bewegung“ (IB) vorliegen (vgl. Drucksache 16/4879);*

Zu 14.:

Es wird auf die Antwort zu Ziffer 2 der Landtagsdrucksache 16/9915 sowie Ziffer 4 der Landtagsdrucksache 16/4879 verwiesen; aktuellere Erkenntnisse liegen der Landesregierung nicht vor.

*15. welche Erkenntnisse ihr zu der Immobilie in Kirchheim am Neckar vorliegen, die der Neonazi M. F. auf einer Onlineplattform zum Verkauf inseriert hat.*

Zu 15.:

Auf besagtem Grundstück fanden in früheren Jahren rechtsextremistische Kameradschaftstreffen und Geburtstagsfeiern statt.

Einer weitergehenden Auskunft über die persönlichen Daten steht das allgemeine Persönlichkeitsrecht in Form des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung entgegen. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts umfasst das aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz abgeleitete allgemeine Persönlichkeitsrecht insbesondere die Freiheit einer Person, selbst zu entscheiden, welche Informationen sie von sich preisgeben oder vor der Öffentlichkeit verborgen halten möchte. Aus der Abwägung der verfassungsrechtlich garantierten Informationsrechte der Abgeordneten mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht in Form des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und der daraus resultierenden öffentlichen Bekanntgabe der entsprechenden Informationen folgt, dass der Erkenntnisstand unter Berücksichtigung der unter Ziffer 4 dargestellten Maßstäbe, namentlich des in der vorliegenden Frage zum Ausdruck kommenden besonderen Informationsinteresses, in einem gesonderten, „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuftem Antwortteil dargestellt werden kann.

In Vertretung

Württemberg  
Staatssekretär